



**Protokoll der
Einwohnergemeindeversammlung
Oberrohrdorf**

**Mittwoch, 12. Juni 2019, 20.00 Uhr,
Mehrzweckhalle Hinterbächli**

Vorsitz Kurt Scherer, Gemeindeammann
René Roca, Vizeammann
Thomas Heimgartner, Gemeinderat
Monika Locher, Gemeinderätin
Barbara Voser, Gemeinderätin

Protokoll Thomas Busslinger, Gemeindeschreiber

Gemeindeammann Kurt Scherer begrüsst die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur heutigen Gemeindeversammlung. Aufgrund der unsicheren und eher kühlen Witterung kann die Versammlung leider nicht im Freien durchgeführt werden. Er begrüsst im Weiteren Frau Nathalie Wolgensinger vom Reussbote. Das Badener Tagblatt hat sich für heute Abend aus Kapazitätsgründen entschuldigt. Sein Dank geht zudem an das Hauswartsteam für das Vor- und Nachbereiten der heutigen Gemeindeversammlung.

Gemeindeammann Kurt Scherer stellt fest, dass die Gemeindeversammlungsunterlagen rechtzeitig zugestellt worden sind. Die Unterlagen zu den heutigen Traktanden sowie das Stimmregister lagen seit dem 27. Mai 2019 bei der Gemeindekanzlei auf und konnten, teilweise auch auf der Website, eingesehen werden.

Der Gemeinderat hat die Traktandenliste wie folgt festgelegt:

Traktandenliste

- Appell
- 1. Rechenschaftsbericht 2018
- 2. Jahresrechnung 2018
- 3. Beitritt zum neuen "Gemeindeverband Bevölkerungsschutz und Zivilschutz Aargau Ost", verbunden mit der Genehmigung der Satzungen und der gleichzeitigen Aufhebung des "Gemeindeverbandes Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Region Reusstal-Rohrdorferberg"
- 4. Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes an
 - a) Sebastian Seidel-Förster und Claudia Seidel
 - b) Paloma Rodriguez Arizpe
- 5. Verschiedenes

Appell

Laut Gemeindegesetz sowie gemäss Gemeindeordnung unterstehen positive und negative Beschlüsse dem Referendum, wenn dies von einem Zehntel der Stimmberechtigten, innert 30 Tagen seit Veröffentlichung, schriftlich verlangt wird. Die Gemeindeversammlung entscheidet über die zur Behandlung stehenden Sachgeschäfte jedoch abschliessend, wenn die beschliessende Mehrheit wenigstens einen Fünftel der Stimmberechtigten ausmacht, also 20 % (§ 30 Gesetz über die Einwohnergemeinden, Gemeindegesetz vom 19. Dezember 1978). Per 12. Juni 2019 sind in Oberrohrdorf insgesamt 2'812 Stimmberechtigte eingetragen. Anwesend sind laut den abgegebenen Stimmrechtsausweisen 79 Stimmberechtigte. Sämtliche Beschlüsse unterstehen somit dem fakultativen Referendum, nachdem das Quorum von 563 Stimmen nicht erreicht werden kann. Das absolute Mehr beträgt 40 Stimmen.

Gemeindeammann Kurt Scherer macht ferner auf das Vorschlagsrecht gemäss § 28 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Jeder Stimmberechtigte ist befugt, der Versammlung die Überweisung eines neuen Geschäftes zu Händen des Gemeinderates zu beantragen. Der Gemeinderat wird beauftragt, ein solches Geschäft – sofern es in die Zuständigkeit der Einwohnergemeindeversammlung fällt – auf die Traktandenliste der nächsten Gemeindeversammlung zu setzen. An der Versammlung, an welcher der Überweisungsantrag gestellt worden ist, kann aber nicht darüber materiell abgestimmt werden. Er fordert ferner allfällige Votanten auf, eines der aufgestellten Mikrofone zu benutzen und sich namentlich vorzustellen. Zwischenrufe aus der Versammlung werden grundsätzlich nicht berücksichtigt.

1. Rechenschaftsbericht 2018

Gemeindeammann Kurt Scherer informiert, dass der Rechenschaftsbericht für die Geschichtsschreibung wiederum in schriftlicher Form erstellt worden ist und auf der Gemeindekanzlei eingesehen oder bezogen werden konnte. Ebenfalls war der Bericht auf der Oberrohrdorfer Website abrufbar. Diese statistische Zusammenfassung bezieht sich auf die Aktivitäten aller Verwaltungsabteilungen, Behörden und Kommissionen. Er dankt allen Beteiligten für ihre sehr aufwändige Arbeit zu Gunsten der Geschichtsschreibung.

Antrag Der Einwohnergemeindeversammlung wird beantragt, den Rechenschaftsbericht 2018 zu genehmigen.

Gemeindeammann Kurt Scherer eröffnet die Diskussion.

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Beschluss Der Rechenschaftsbericht 2018 wird ohne Gegenstimme genehmigt.

2. Jahresrechnung 2018

Gemeinderätin Barbara Voser teilt mit, dass die Jahresrechnung 2018 der Gemeinde Oberrohrdorf äusserst erfreulich abschliesst. Aufgrund leicht höherer Steuereinnahmen sowie deutlich tieferer Kosten beträgt das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung rund Fr. 1,3 Mio. plus gegenüber dem budgetierten Minus von Fr. 449'000.–. Der gesamte Steuerertrag erreichte mit einem Total von Fr. 12'290'500.– ein klares Plus von rund Fr. 400'000.– oder ein Plus von 3,2 % gegenüber dem Budget. Hierzu muss man erwähnen, dass bei den Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen eine Punktlandung erzielt worden ist. Der höhere Steuerertrag erklärt sich vor allem durch Mehreinnahmen bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie Steuern bei den

juristischen Personen, welche nicht genau budgetiert werden können. Der Nettoaufwand blieb dank Kosteneinsparungen und Kostenverschiebungen, aufgrund von Mehreinnahmen bei Gebühren und einmaligen Beiträgen sowie durch eine positive Folgebewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen um rund Fr. 1,4 Mio. unter dem Budget. Das Gesamtergebnis schliesst demnach um Fr. 1,6 Mio. besser ab als budgetiert. Die Investitionsausgaben blieben mit rund Fr. 3,5 Mio. um etwa Fr. 600'000.– unter Budget. Das tiefere Investitionsvolumen kam vor allem auf die Verschiebung von Ersatzanschaffungen von Bauamtsfahrzeugen zustande sowie der Serveranlage im Gemeindehaus. Die Investitionseinnahmen liegen rund Fr. 1,23 Mio. über dem Budget, hauptsächlich aufgrund von höheren Anschlussgebühren für Wasser und Abwasser sowie dem erhaltenen Subventionsbeitrag des Kantons an die Erstellungskosten des Oberstufenzentrums in Niederrohrdorf. Dieser Beitrag wurde frühestens für das Jahr 2019 erwartet. Aufgrund des guten Jahresergebnisses und den tieferen Nettoinvestitionen weist die Kennzahlentabelle durchs Band gute Werte auf. Die Nettoschulden der Gemeinde haben sich um rund Fr. 700'000.– auf knapp Fr. 3,8 Mio. reduziert, das macht Fr. 930.– pro Einwohner, dies gegenüber dem Vorjahr mit Fr. 1'089.–. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass sich das Investitionsvolumen in den kommenden Jahren, insbesondere durch die Sanierung der weiteren Kantonsstrassen-Etappen, wieder erhöhen wird. Dies wird sich tendenziell negativ auf die Kennzahlen auswirken. Bei der allgemeinen Verwaltung liegt der Nettoaufwand gesamthaft bei Fr. 1,9 Mio. und liegt somit Fr. 167'000.– unter Budget. Zwei Drittel des besseren Ergebnisses liegen an tieferen Kosten, insbesondere beim Unterhalt der Verwaltungliegenschaften sowie Dienstleistungskosten. Ein Drittel ist auf höhere Gebühren, Rückerstattungen und Bussen zurückzuführen. Der Nettoaufwand bei der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verteidigung liegt bei Fr. 462'000.– und ist somit Fr. 102'000.– unter Budget. Einerseits konnten auf der Aufwandseite bei den externen Mandatsentschädigungen im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzdienstes, bei den Entschädigungen an das Regionale Zivilstandsamt und das Betreibungsamt, an die Feuerwehr Rohrdorf und an die Zivilschutzorganisation Einsparungen von rund Fr. 90'000.– erzielt werden. Auf der anderen Seite übertrafen die Gebühreneinnahmen beim Regionalen Betreibungsamt sowie bei den Einbürgerungen das Budget um einiges. Der Nettoaufwand bei der Bildung – mit rund 50 % der grösste Posten an den Gesamtkosten der Gemeinde – beträgt gesamthaft Fr. 4,76 Mio. und liegt somit um rund Fr. 87'000.– über dem Budget. Höhere Kosten im Umfang von rund Fr. 145'000.– entstanden aufgrund der definitiven Abrechnung 2017 über die Gemeindebeteiligung am Personalaufwand der Volksschulen. Höhere Stellenpensen bei der Primar- und Oberstufe führten zu dieser Nachbelastung. Mehrkosten sind auch beim Gemeindebeitrag an die Musikschule Rohrdorferberg entstanden. Grund dafür ist eine zu hohe Budgetierung bei den Elternbeiträgen und ein Anstieg der Anzahl Schüler aus Oberrohrdorf, während aus den anderen Verbandsgemeinden ein Schülerrückgang verzeichnet wurde. Aufgrund der beschlossenen Innensanierung des Schulhauses Hinterbächli sowie der unvorhergesehenen Dachsanierung beim Kindergarten Staretschwil mussten ausserplanmässige Abschreibungen auf Anlageteile vorgenommen werden, welche die Lebensdauer von 35 Jahren nicht erreicht haben. Minderkosten gab es dafür bei den Abschreibungen des Oberstufenzentrums in Niederrohrdorf, da der Subventionsbeitrag des Kantons eingetroffen ist. Weitere Einsparungen gab es unter anderem bei den Schulgeldern an die Oberstufe, bei den Liegenschaftsunterhaltskosten sowie beim Defizitbetrag an die Tagesstrukturen. Im Bereich Kultur, Sport und Freizeit liegt der Nettoaufwand bei Fr. 409'000.– und damit um rund Fr. 90'000.– unter dem Budget. Die Einsparung ist grösstenteils bei den Unterhaltskosten an der Zählteschür sowie dem Pflegeaufwand in den Grünzonen entstanden. Bei der Gesundheit liegt der Nettoaufwand bei Fr. 668'000.– und somit Fr. 22'000.– unter dem Budget. Mehrkosten von rund Fr. 40'000.– sind beim Gemeindebeitrag an die Pflegeeinrichtungen entstanden. Zusätzlich musste die Gemeinde auch Kosten für Mittel und Gegenstände, auch bekannt als MiGeL, im Umfang von etwa Fr. 10'000.– bevorschussen. Dafür gab es aus der Abrechnung 2017 der Spitex eine Rückzahlung von rund Fr. 70'000.–. Im Bereich Soziale Sicherheit resultiert ein Nettoaufwand von Fr. 1,545 Mio. und liegt damit um rund Fr. 283'000.– unter dem Budget. Der grösste Teil der Minderkosten ist im Bereich der Sozialhilfe und des Asylwesens entstanden. Gründe dafür sind die insgesamt etwas tieferen Nettokosten für materielle Hilfe, Rückerstattungen von

früher bezogener Sozialhilfe sowie ein Überschuss im Bereich des Asylwesens, da der Bund die Entschädigungen zeitlich verschoben ausgerichtet hat. Der Nettoaufwand beim Verkehr und Nachrichtenübermittlung liegt rund Fr. 73'000.– unter Budget. Minderkosten entstanden beim Unterhalt der Gemeindestrassen und Strassenbeleuchtung sowie bei Honorarkosten für Ingenieure. Ausserdem erhielten wir eine Rückvergütung von knapp Fr. 27'000.– von der PostAuto Schweiz AG für die zu viel bezahlten Abgeltungen aus den Jahren 2004 bis 2017. Im Bereich Umweltschutz und Raumordnung beträgt der Nettoaufwand total Fr. 186'000.– und liegt damit um rund Fr. 177'000.– unter Budget. In diesem Bereich sind alle drei spezialfinanzierten Betriebe Wasserwerk, Abwasserbeseitigung und Abfallwirtschaft enthalten, welche in sich ausgeglichen abschliessen. Das bessere Ergebnis bezieht sich unter anderem auf die nicht ausgeführten Projekte im Bereich der kommunalen Planung und andererseits auf die erhaltenen Bundes- und Kantonsbeiträge im Rahmen der Überwachung und Untersuchungskosten der Deponie Schluckgrabe. Bei der Volkswirtschaft beträgt der Nettoaufwand gesamthaft rund Fr. 39'000.– und liegt um knapp Fr. 20'000.– unter dem Budget. Das bessere Ergebnis entstand zur Hauptsache wegen den geringeren Kosten für den Unterhalt an den Drainageleitungen und an den Feldwegen sowie aufgrund der etwas höheren Konzessionsgebühren der beiden Stromversorger AEW Energie AG und Elektra Oberrohrdorf. Wie bereits erwähnt wurde, liegen die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen genau auf dem Budgetwert. Erfreulich waren die Einnahmen bei den juristischen Personen. Hier wurde das Budget um rund Fr. 210'000.– übertroffen. Hierzu muss man sagen, dass diese Steuern nicht genau planbar sind, da sie von diversen Faktoren – wie zum Beispiel der Wirtschaftslage oder dem Veranlagungsstand – beeinflusst werden. Ebenfalls nicht genau budgetierbar sind Sondersteuern wie zum Beispiel Erbschafts-, Schenkungs- oder Grundstückgewinnsteuer. Hier wird jeweils auf Durchschnittswerte aus den Vorjahren abgestützt. Bei den Sondersteuern konnten Einnahmen von Fr. 452'000.– erzielt werden gegenüber Budget von Fr 286'000.–. Der markante Mehrertrag entstand praktisch ausschliesslich aus Erbschafts- und Schenkungssteuern.

Antrag Der Einwohnergemeindeversammlung wird beantragt, die Jahresrechnung 2018 der Einwohnergemeinde zu genehmigen.

Jürg Schraner, Präsident der Finanzkommission, teilt mit, dass die Finanzkommission die Rechnung 2018 geprüft hat und bestätigen kann, dass die gesetzlichen Buchhaltungsvorschriften eingehalten wurden. Die Prüfungsarbeiten konnten ohne nennenswerte Feststellungen oder Beanstandungen abgeschlossen werden, weshalb der Gemeindeversammlung die Genehmigung der Jahresrechnung ohne Vorbehalt beantragt wird. Dass die Jahresrechnung so hochwertig und qualitativ gut geprüft werden kann – die Finanzkommission hat teilweise auch Einsicht in andere Rechnungen und kann dies deshalb gut beurteilen –, ist ein grosser Verdienst des Leiters Finanzen, Herrn Peter Hecht, und seinen Mitarbeitenden. Er möchte deshalb an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön auch an ihn richten, für die Unterstützung während den Prüfungsarbeiten und die hervorragende Führung der Jahresrechnungsbuchhaltung. Die Details der Jahresrechnung wurden bereits durch Gemeinderätin Barbara Voser erläutert. Er möchte wissen, ob es noch Fragen an die Finanzkommission oder den Gemeinderat gibt, was jedoch nicht der Fall ist. Die Finanzkommission beantragt der Einwohnergemeindeversammlung, die Jahresrechnung 2018 der Einwohnergemeinde Oberrohrdorf zu genehmigen. Jürg Schraner, Präsident der Finanzkommission, lässt über die Jahresrechnung 2018 abstimmen.

Beschluss Die Jahresrechnung 2018 der Einwohnergemeinde wird ohne Gegenstimmen genehmigt.

Gemeindeammann Kurt Scherer dankt an dieser Stelle den Mitgliedern der Finanzkommission und der Finanzabteilung für ihre vorzügliche und gewissenhafte Arbeit bestens. Er möchte es aber auch nicht unterlassen, auch den anderen Verwaltungsabteilungen für die immer gute Zusammenarbeit zu danken.

3. Beitritt zum neuen "Gemeindeverband Bevölkerungsschutz und Zivilschutz Aargau Ost", verbunden mit der Genehmigung der Satzungen und der gleichzeitigen Aufhebung des "Gemeindeverbandes Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Region Reusstal-Rohrdorferberg"

Gemeinderat Thomas Heimgartner informiert, dass es bei diesem Traktandum um den Beitritt von Oberrohrdorf zum neuen "Gemeindeverband Bevölkerungsschutz und Zivilschutz Aargau Ost" und der gleichzeitigen Aufhebung des Gemeindeverbandes "Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Region Reusstal-Rohrdorferberg" geht. Mit dem Beitritt zum neuen Gemeindeverband werden auch dessen Satzungen, die neu ausgearbeitet wurden, genehmigt. Der Regierungsrat des Kantons Aargau hat 2014 die Umsetzung der "Konzeption Zivilschutz 2015" beschlossen, mit Ziel der Umsetzung per 1. Januar 2020. Die Verantwortung für den Zivilschutz liegt beim Kanton Aargau, die Zivilschutzverbände werden aber durch die Gemeinden organisiert. Diese Aufteilung war bereits an früheren Versammlungen hier Thema. Auch hier ist es gleich gelaufen: der Kanton hat angeordnet, die Gemeinden haben es umzusetzen. Selbstverständlich haben die Gemeinden die Kosten zu bezahlen. Eine grundlegende Idee bzw. Vorgabe des Kantons war, dass die heute 22 Zivilschutzorganisationen im Kanton Aargau auf elf halbiert werden. Mehrere Faktoren haben weiter dazu geführt, dass eine neue Konzeption nötig wurde:

- Der Zivilschutz soll sich noch stärker als bisher auf die Bewältigung von Umweltkatastrophen oder sonstigen Krisen, Stichwort Blackout, medizinische Versorgung, Treibstoffmangel usw. konzentrieren als bisher. Die letzten grossen Ernstfälle des Aargauer Zivilschutzes waren ja auch Umweltkatastrophen, wie zum Beispiel das in der Region Zofingen 2017, welches gut bewältigt wurde. Der Bevölkerung konnte geholfen und die Infrastruktur schnell wieder instand gestellt werden. Die letzte schweizweite ZSO-Übung im Jahr 2014 – zusammen mit Militär und weiteren Blaulichtorganisationen – hatte ebenfalls keinen kriegerischen Hintergrund, es war die Übung Blackout, wo landesweit die Stromversorgung ausfiel. Man konnte dies auch in den Medien verfolgen.
- Die Organisation soll schlanker werden.
- Synergien sollen geschaffen werden.

Speziell zu erwähnen ist, dass man ab einer Grösse von 60'000 Einwohnern pro ZSO eine Bereitschaftskompanie schaffen muss, welche innert weniger Stunden einsatzbereit zu sein hat. Ein weiterer wichtiger Punkt, der Synergien notwendig macht, sind die seit Jahren sinkenden Bestandeszahlen. Nicht nur das Militär hat damit zu kämpfen, sondern auch der Zivilschutz. Unter anderem deswegen zeichnete sich auch klar ab, dass die bisherigen kleineren ZSO's die neuen Leistungsvorgaben des Kantons alleine gar nicht erfüllen können. Zusammenschlüsse sind also leider unumgänglich. Darum wurde im Jahr 2015 auch in der ZSO Reusstal-Rohrdorferberg die Planung in Angriff genommen. Der Gemeinderat Oberrohrdorf möchte nicht ganz verhehlen, dass er mit dem Verlauf der Planung und auch der Umsetzung nicht immer glücklich gewesen ist. Nach Meinung des Gemeinderats gehört Oberrohrdorf zur Region Baden, und man hätte sich gerne dahin orientiert. Das Problem war aber, dass Baden und Wettingen zusammen bereits eine

sehr grosse Region hätten bilden sollen. Diese wäre noch mit unserer ZSO, oder zumindest einzelnen Gemeinden, bevölkerungsmässig, aber auch flächenmässig, zu gross geworden. Deshalb verfolgte der eingesetzte Planungsausschuss von Beginn weg einen Zusammenschluss der vier in der Broschüre erwähnten ZSO's zur jetzt vorliegenden Organisation. Diese vier ZSO's wären alleine zu klein gewesen, um die Anforderungen erfüllen zu können. Dem Gemeinderat ist auch klar gewesen, dass Oberrohrdorf alleine nicht ausscheren und beispielsweise alleine zur Region Baden gehen konnte. Dies, weil Oberrohrdorf – auch gemäss den Situationsplänen – ansonsten zur Enklave geworden wäre. Dies wäre aber, direkt gesagt, ein organisatorischer Unsinn gewesen. Wir haben seitens Oberrohrdorf zur Bedingung gemacht, dass mindestens Fislisbach ebenfalls wechseln müsste, damit dies für uns in Frage käme. Erste Abklärungen vor Jahren verliefen diesbezüglich aber negativ. Letzten Dezember fragte der Gemeinderat Fislisbach dann doch an, ob ein Wechsel zur ZSO Baden möglich wäre. Dies erfolgte unter anderem deshalb, weil Baden und Wettingen beim Regierungsrat beantragt haben, dass sie keine gemeinsame ZSO bilden müssen, weil eben zu gross, sondern je eine mit den jeweils umliegenden Gemeinden bilden dürften. Darum ist auch geplant, dass Birmenstorf als einzige Gemeinde der heutigen ZSO zu Baden wechseln kann. Unter diesen neuen Aspekten fragten dann nicht nur die Gemeinden Oberrohrdorf und Fislisbach an, sondern auch noch Niederrohrdorf sowie weitere Gemeinden der Region. Im Januar 2019 erfolgte diesbezüglich eine Sitzung mit Vertretern des Kantons. Fazit dieser Sitzung war aber, dass

- der Prozess in der Badener ZSO noch lange nicht so weit ist wie in unserer ZSO,
- der Wegfall von Fislisbach aus der Region Aargau Ost mit seinem Kommandoposten in der Primarschule vom Regierungsrat nicht bewilligt worden wäre,
- der Planungsprozess für Aargau Ost hätte von Beginn an neu gemacht werden müssen, aus planerischer und auch finanzieller Sicht; es wäre für die verbliebenen Gemeinden teurer geworden
- Badens ZSO mit den interessierten Gemeinden unsererseits die Bevölkerungsschwelle von 60'000 Einwohnern ebenfalls überschritten hätte, was, wie vorerwähnt, auch die ZSO Baden zur Bildung einer Bereitschaftskompanie verpflichtet hätte. Dies wiederum, jeder Entscheid zieht ja Folgen nach sich, hätte für die Einwohner von Baden und Umgebung deren ZSO verteuert.

Unter all diesen Gesichtspunkten wurde seitens Kanton klar zu verstehen gegeben, dass der Regierungsrat diese Schritte kaum gutheissen würde. Somit war klar, dass Oberrohrdorf bei der ZSO Aargau Ost bleiben werde. Vielleicht taucht bei einigen Anwesenden die Frage auf, was passieren würde, wenn man keiner ZSO angehört? Als Antwort lässt sich festhalten, dass die Aargauer Gemeinden gesetzlich verpflichtet sind, einer ZSO anzugehören. Schliesst sich eine Gemeinde keiner ZSO an, so kann der Regierungsrat letztendlich die Gemeinde einer ZSO zuweisen. Auf Grund der bisherigen Planung ist auch ganz klar, welche ZSO das in unserem Falle wäre, Baden jedenfalls nicht. Gemeinderat Thomas Heimgartner möchte jedoch mit seinen vorgängigen Ausführungen keinesfalls den Anschein erwecken, dass die zukünftige ZSO Aargau Ost in irgendeiner Weise die gestellten Anforderungen nicht erfüllen oder sonst wie "negativ" wäre. Dies ist nicht der Fall. Der Gemeinderat hat vollstes Vertrauen in die Kader dieser ZSO sowie in die geplanten Strukturen. Aufgrund der regionalen Orientierung hätte sich der Gemeinderat jedoch eine optimalere Lösung gewünscht, Wohlen ist doch weiter weg als Baden. Die vier bisherigen ZSO's sind historisch so gewachsen und schliessen sich natürlich jetzt in dieser Form auch zusammen. Die Satzungen der neuen ZSO wurden auf unser Begehren hin auch nochmals revidiert, insbesondere was die Stimmgewichtung der einzelnen Gemeinden anbelangt. Gemeinderat Thomas Heimgartner kann festhalten, dass auf unsere Anliegen Rücksicht genommen wurde, so dass sie jetzt unseren Vorstellungen entsprechen. Dank der Grösse der ZSO sind die Kosten trotz Bereitschaftskompanie günstiger als die jetzige ZSO. Es ist natürlich klar, dass diese Kosten, je nach Anschaffungs- oder Unterhaltsbedarf, variieren. Da aber einiges an bisheriger Infrastruktur im Unterhalt wegfällt, ist hier durchaus eine Optimierung zu erwarten. 10 Bereitstellungsanlagen von 17 können in der ZSO Aargau Ost aufgehoben werden. Es gibt vier Kommandoposten sowie 4 geschützte Sanitätsanlagen. Lager und Hauptstützpunkt wird in Wohlen sein. Stand heute haben die vier ZSO's, welche sich jetzt zusammenschliessen, 1'270 Angehörige, nötig

wären als Sollbestand 940. Dies bietet genügend Reserve wegen der vorgenannten Rekrutierungsprobleme. Die ZSO wird über 100'000 Einwohner in insgesamt 28 Gemeinden haben, 11 aktive Zivilschutzanlagen, 44 Notfalltreffpunkte, 50 stationäre Sirenen und 7'500 Schutzräume. Die Planungen sind auf gutem Wege, die Satzungen sind, wie vorerwähnt, nochmals überarbeitet worden.

Antrag Der Einwohnergemeindeversammlung wird beantragt, den Beitritt zum neuen "Gemeindeverband Bevölkerungsschutz und Zivilschutz Aargau Ost", verbunden mit der Genehmigung der Satzungen und der gleichzeitigen Aufhebung des "Gemeindeverbandes Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Region Reusstal-Rohrdorferberg", zu genehmigen.

Gemeindeammann Kurt Scherer eröffnet die Diskussion.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Beschluss Der Beitritt zum neuen "Gemeindeverband Bevölkerungsschutz und Zivilschutz Aargau Ost", verbunden mit der Genehmigung der Satzungen und der gleichzeitigen Aufhebung des "Gemeindeverbandes Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Region Reusstal-Rohrdorferberg", wird mit grossem Mehr und 1 Gegenstimme genehmigt.

4. Zusicherung des Gemeindebürgerrechts an

- a) Sebastian Seidel-Förster und Claudia Seidel**
- b) Paloma Rodriguez Arizpe**

Gemeinderat Thomas Heimgartner bestätigt, dass man wieder mit allen Gesuchstellenden ein Gespräch geführt und die Daten überprüft hat. In diesem Halbjahr gab es übrigens zwei Fälle, in denen Einbürgerungsgesuche bereits von Seiten des Gemeinderats abgelehnt werden mussten. Er stellt die heutigen Gesuchstellenden mit Namen vor und bittet sie, sich zu erheben.

Antrag Der Einwohnergemeindeversammlung wird beantragt, den folgenden Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Oberrohrdorf zuzusichern:

- a) Sebastian Seidel-Förster und Claudia Seidel
- b) Paloma Rodriguez Arizpe

Gemeindeammann Kurt Scherer eröffnet die Diskussion.

Die Diskussion wird nicht gewünscht, und die Gesuchsteller begeben sich während der Abstimmung in den Ausstand. **Gemeindeammann Kurt Scherer** lässt, wie in Oberrohrdorf üblich, gesamthaft über die Einbürgerungsgesuche abstimmen, nachdem keine Einwendungen gemacht werden.

Beschluss Das Bürgerrecht der Gemeinde Oberrohrdorf wird den folgenden Gesuchstellenden ohne Gegenstimmen zugesichert:
a) Sebastian Seidel-Förster und Claudia Seidel
b) Paloma Rodriguez Arizpe

Gemeindeammann Kurt Scherer informiert die Gesuchsteller über das Abstimmungsergebnis und gratuliert ihnen zu diesem Ergebnis, verbunden allerdings mit dem Hinweis, dass es noch rund ein Jahr dauern wird, bis sie den roten Pass erhalten. Er hofft aber auch, dass man sie danach auch an einer Gemeindeversammlung, dann mit dem Stimmrecht, begrüßen darf.

5. Verschiedenes

Gemeinderätin Barbara Voser möchte die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger informieren, dass ihr Mann und sie schon seit längerer Zeit den Traum von einer Weltreise hegen. Sie hat den Gemeinderat bereits im letzten Jahr darüber informiert und angefragt, ob diese Weltreise möglich sei, ohne demissionieren zu müssen, was der Gemeinderat ermöglichen möchte. Sie werden demnach im ersten Semester 2020 einmal rund um die Welt reisen und hoffentlich viel Schönes erleben. In dieser Zeit werden ihre Aufgaben auf die restlichen Gemeinderatsmitglieder wie folgt aufgeteilt:

– Finanzwesen	Gemeindeammann Kurt Scherer
– Steuerwesen	Gemeindeammann Kurt Scherer
– Versicherungswesen / AHV/IV	Gemeinderätin Monika Locher
– Niederlassungs- und Aufenthaltswesen	Gemeinderat Thomas Heimgartner
– Justizwesen	Gemeinderat Thomas Heimgartner
– Handel, Gewerbe und Industrie	Gemeinderätin Monika Locher
– Zivilstandswesen	Vizeammann René Roca
– Grundbuch- und Vermessungswesen	Vizeammann René Roca
– Fürsorgewesen, Bereich Jugend (Mojuro)	Gemeinderat Thomas Heimgartner
– Verkehrswesen	Gemeinderätin Monika Locher

Sie wird während der Zeit der Abwesenheit auch kein Gemeinderatssalär beziehen, dieses wird aufgrund des Mehraufwands auf die Ratskollegen aufgeteilt. Sie möchte es nicht unterlassen, dem Gemeinderat wie auch der Gemeindeverwaltung für ihre Flexibilität ihre Dankbarkeit auszudrücken, dass ihnen dieser Traum ermöglicht wird, was absolut nicht selbstverständlich ist.

Gemeindeammann Kurt Scherer eröffnet die Diskussion unter Traktandum "Verschiedenes".

Guido Buck möchte dem Gemeinderat ein Lob für die neuen "Sitzbänkli" am Waldrand aussprechen. Alle, die nicht mehr so weit laufen können, sind froh, wenn sie zwischendurch absitzen können.

Inge Welti stellt fest, dass das Gras auf der Dinkelwiese, d.h. vis-à-vis des Staretschwiler Schulhauses, vor ein paar Wochen abgemäht wurde. Das findet sie schade, da alle von der Biodiversität reden. In diesem Bereich stört dies niemanden, man könnte das Gras auch höher wachsen lassen, auch wenn der Bach gepflegt wird. Es muss nicht wie ein Rasen gemäht werden, ihrer Ansicht nach würde ein zweimaliges Mähen im Jahr genügen, dies als Vorschlag für das Bauamt.

Gemeindeammann Kurt Scherer nimmt den Hinweis zur Prüfung entgegen. Die Diskussion ist weiter offen.

Nachdem die Diskussion nicht weiter gewünscht wird, schliesst **Gemeindeammann Kurt Scherer** die Versammlung um 20.45 Uhr und wünscht den Anwesenden eine schöne Sommer- und Ferienzeit. Er dankt den Teilnehmenden, dass sie sich heute für die Versammlung Zeit genommen und den Gemeinderat souverän unterstützt haben. Es sind alle Anwesenden zum Apéro eingeladen.

Einwohnergemeinde Oberrohrdorf

Kurt Scherer
Gemeindeammann

Thomas Busslinger
Gemeindeschreiber